

Zehntelprozent belastet seinen Haushalt zusätzlich mit fast einer Milliarde Mark.

„Die haben wohl einen Knall“, empföhrte sich ein Bonner Finanzexperte über die Kommissions-Empfehlung. Deren Sprecher Manuel Santarelli entgegnete kurz und knapp: „1,4 Prozent sind für uns unannehmbar.“

Doch selbst wenn die Bonner sich durchsetzen, hätten sie nicht mehr als einen Scheinsieg errungen. Bei einer Erhöhung auf bloß 1,4 Prozent, so haben die Fachleute der Kommission errechnet, wären die Kassen der Gemeinschaft 1987 schon wieder leer. Dann begänne, ausgerechnet im Bundestagswahljahr, das Brüsseler Theater von vorn. Kommissionspräsident Gaston Thorn: „Das wäre die Krise in Permanenz.“

Bei all diesen Zahlenspielen ist nicht einmal berücksichtigt, daß Stoltenberg auch noch seinen Teil berappen muß, um das EG-Defizit für dieses und das nächste Jahr zu decken. Haushaltsexperten schätzen den Bedarf an Sonderzahlungen allein aus Bonn auf zwei bis drei Milliarden Mark. Die Kosten für den fälligen Abbau der enorm hohen Lagerbestände an Butter und Milchpulver wurden dabei vorsichtshalber erst gar nicht mitgerechnet.

Alles in allem wird der Finanzminister in den kommenden drei Jahren allein für die EG mehr als 10 Milliarden Mark zusätzlich abzweigen müssen – ein Rückschlag für Stoltenberg, dem der Abbau der Nettoneuverschuldung über alles geht und der die Bundesbürger vor dem Wahljahr 87 auch noch mit Steuersenkungen beglücken möchte.

Das Geld wäre sinnvoll investiert, wenn die Bonner einen vernünftigen Gegenwert bekämen. Doch schon jetzt steht fest, daß sich die angestrebte Reform der Agrarpolitik als halbherzig entpuppen wird.

So sollen künftig für alle Überschuß-Produkte, vor allem Milch, Beschränkungen der Abnahme-Garantien und Produktionsquoten eingeführt werden. Das System ist von so perfektem Dirigismus, daß sich Markt-Ideologen wie Stoltenberg und Lambsdorff „normalerweise die Haare raufen müßten“ (ein EG-Diplomat). Zudem gilt das ursprünglich gesetzte Sparziel von sechs Milliarden Mark für den EG-Agrarretat als illusorisch.

Doch um sich als europäischer Krisenmanager rühmen zu können und um der deutsch-französischen Freundschaft willen, ist Kohl bereit, die genannten Milliardenbeträge auszuwerfen. Ein eigenes Konzept hingegen, wie die teure Agrarpolitik neu organisiert werden könnte, blieben er und seine Minister schuldig.

Jahrelang, so sieht es Kommissionspräsident Thorn, hätten die Bonner gemammert, die Deutschen könnten nicht Europas Zahlmeister sein. Thorn: „Jetzt muß die Bundesregierung sehen, wie sie das aus den Köpfen wieder rauskriegt.“

## FLICK-AFFÄRE

### Fink und Schwein

**Der Untersuchungsausschuß wird zum Kabarett. Ex-Kanzler Schmidt und der CDU-Abgeordnete Hüsch wechselten wüste Beschimpfungen.**

Heinz Günther Hüsch aus Neuss ist ein Rheinländer von Geblüt und Anwalt von Beruf. Deshalb liegt es ihm nicht, einem Mann wie dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, dem er „innerlich eine gewisse Sympathie“ entgegenbringt, offen ins Gesicht zu sagen, er sei „ein Schwein“.

Am Mittwoch vergangener Woche, einen Tag vor der närrischen Weiberfastnacht, tat er es aber doch.



**Zeuge Schmidt**  
„Armluchter ist zutreffend“

Die Frohnatur Hüsch – Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Flick-Ausschuß – und der als Zeuge geladene Schmidt gerieten in einer Vernehmungspause aneinander. Der Hanseat („Wer ist eigentlich dieser Husch oder Hüsch oder Hüsch?“) ließ sich den CDU-Mann zeigen und ging direkt auf ihn los.

„Sie haben die minimalen Regeln des kollegialen Anstands verlassen. Das ist eine Schweinerei“, herrschte der Ex-Kanzler den CDU-Abgeordneten an. Und: „Sie sind ein Dreckfink.“

Hüsch, der den Grund für Schmidts Erregung nur zu genau kannte, konterte matt: „Dazu haben Sie keinen Anlaß, das können Sie nicht beweisen.“ Als Schmidt dann noch einen Schritt näher trat und noch einmal „Sie sind ein Dreckfink“ zischte, antwortete der: „Dann sind Sie ein Schwein.“

Auslöser des ganz unparlamentarischen Disputs war eine von Springers „Bild am Sonntag“ rechtzeitig losgetretene Kampagne mit der Schlagzeile: „Noble Flick-Geschenke auch an Willy Brandt und Helmut Schmidt?“

CDU-Obmann Hüsch hatte die Meldung begierig aufgegriffen und in einer Presseerklärung Aufklärung verlangt: „Ich fordere Willy Brandt und Helmut Schmidt auf, eindeutig zu erklären, ob sie darüber hinaus weitere Zuwendungen von Flick erhalten haben, seien es Geldzuwendungen oder Geschenke wie der erwähnte silber-vergoldete Münzhumpen und das Paar 4flammige Silber-Girandolen (Kronleuchter).“

In Wahrheit haben weder Schmidt noch Brandt privaten Nutzen aus den Gaben gezogen, die ihnen der Flick-Konzern 1978 – dem Jahr der großen Steuerbefreiung – zum Geburtstag übersandt hatte. Der Brandt zugeordnete silber-goldene Münzhumpen (Wert: 19 000 Mark) verstaubt im Bundeshaus-Büro des SPD-Vorsitzenden und kann, so SPD-Sprecher Wolfgang Clement, „dort jederzeit besichtigt werden“. Helmut Schmidt hatte das ihm überreichte Paar vierflammiger Silber-Girandolen (Leuchter) unverzüglich im Kanzler-Fundus abgeliefert. Clement: „Dort ist es ordnungsgemäß inventarisiert.“

Der mißglückte Versuch von Hüsch, dem Ex-Kanzler ein Bein zu stellen, kam den SPD-Ausschußmitgliedern recht. SPD-MdB Dieter Spöri: „Da hat der Hüsch, der Dummkopf, dem Schmidt doch eine Steilvorlage geliefert.“

Die konnte allerdings nur dank der tätigen Mithilfe des stellvertretenden Ausschuß-Vorsitzenden Wilfried Penner (SPD) verwandelt werden. Hüsch und seine Unionskollegen zogen es während der Vernehmung des Zeugen vor, das peinliche Thema nicht aufzugreifen.

Penner: „Es ist von einem Geschenk von Flick an Sie anläßlich Ihres 60. Geburtstages berichtet worden. Erinnern Sie sich daran? Welche Bewandnis hatte es mit diesem Geschenk?“

Schmidt: „Sie reden von der ‚Armluchter-Affäre‘?“

Penner: „Ich wußte bis zu diesem Zeitpunkt nicht, was Girandolen waren, aber inzwischen weiß ich es besser.“

Schmidt: „Leuchter mit vier Armen. Und der Ausdruck ‚Armluchter‘ ist erstens zutreffend und zweitens charakterisierend.“

Jeder im Saal verstand, wen Schmidt meinte. Der Ex-Kanzler blickte, eine Prise Schnupftabak nehmend, gelangweilt in die Richtung, wo er den Abgeordneten Hüsch vermutete.

Der fühlte sich, auch nach seinem Wortwechsel mit dem Ex-Kanzler, durchaus im Recht. Seine Reaktion, so Hüsch zum SPIEGEL, sei „die Beantwortung einer Beleidigung auf der Stelle zum Zwecke der Ehrennotwehr“ gewesen. Hüsch: „Zu meinem großen Bedauern kann ich das auch nicht zurücknehmen.“